

Berlin Aktuell**Die Woche im Bundestag**

17.02.2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Vorfälle in der Erstaufnahme in Sigmaringen sind besorgniserregend. Es darf keine Toleranz für Ausschreitungen, Drogendelikte und Straftaten geben! Das kann so nicht weitergehen. Die Verantwortlichen und Unruhestifter müssen sofort zur Rechenschaft gezogen werden. Wenn rechtlich die Voraussetzungen stimmen brauchen wir für solche Fälle die Abschiebehaft.

Die Ausschreitungen machen wieder einmal deutlich wie wichtig weitere Maßnahmen sind. So wie unser Rechtsstaat großzügige Möglichkeiten der humanitären Hilfe bietet, ist es auch Grundvoraussetzung, dass straffällige, abgewiesene aber auch Flüchtlinge, die das Sozialsystem missbraucht haben schnell und zügig abgeschoben werden. Deshalb bin ich sehr froh, dass auf Initiative der Union ein 15-Punkte-Pakt mit den Ländern geschlossen wurde, der wesentliche Maßnahmen zur weiteren schnelleren Abschiebung nach dem Asylpaket II in Gesetzesform gießen lässt.

Die große Anzahl an Asylsuchenden, die 2015 nach Deutschland gekommen sind, stellt uns immer noch vor große Herausforderungen. Eine ähnliche Situation darf sich nicht wiederholen. Dafür werden wir Sorge tragen. Es befinden sich aber immer noch Asylsuchende bei uns, die rechtskräftig abgelehnt oder straffällig sind. Hier muss die Abschiebung konsequenter und schneller durchgesetzt werden. Deshalb wird nun ein Gesetz auf den Weg gebracht, das die Abschiebehaft ausweitet und die Überwachung erleichtert. Zusätzlich soll die Dauer des Ausreisegewahrsams verlängert und der räumliche Aufenthalt für Geduldete eingeschränkt werden. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge soll auf besonders geschützte Daten zugreifen können. Damit können beispielsweise die Handys und SIM-Karten der Asylsuchenden zur Identitätsfeststellung durchsucht werden.

Bund und Länder werden in Berlin innerhalb von drei Monaten ein gemeinsames Zentrum zur Unterstützung der Rückkehr einrichten. Auch sollen die Verfahren zur ärztliche Begutachtung der Reisefähigkeit verbessert werde, denn aktuell melden sich noch zu viele abgelehnte Asylbewerber „Scheinkrank“.

Die Länder sind jetzt in der Pflicht den 15-Punkte-Plan auch konsequent umzusetzen. Um in der Flüchtlingspolitik glaubwürdig zu sein braucht es eine konsequente und schnelle Abschiebung von abgelehnten und straffälligen Asylbewerbern. Wer sich dem entgegen stellt schadet der Aufnahme- und Integrationsbereitschaft der Menschen in unserem Land und stärkt letztendlich wieder die AfD und Rechtspopulisten. Die Rot-Grün dominierten Länder müssen jetzt mitziehen. Wenn ein Land seiner Abschiebepflicht nicht nachkommen will muss es auch mit Konsequenzen rechnen. Dann gibt es eben weniger Geld vom Bund!

Herzliche Grüße



Berlin Aktuell

Die Woche im Bundestag

17.02.2017

Föderalismus muss weiterentwickelt werden

In der vergangenen Sitzungswoche haben wir umfassende Gesetzesänderung zur Reform der Finanzen und der Aufgabenerledigung diskutiert. Vorgesehen ist, den Ausgleich der Finanzen der Länder nicht mehr über den Länderfinanzausgleich, sondern über den Anteil der Ländern an der Umsatzsteuer. Der Bund schlägt hier eine zusätzliche finanzielle Beteiligung vor, die im Jahr 2020 ca. 9,5 Milliarden Euro beträgt. Damit wird der Bund für die Länder die Grundlage schaffen, die Schuldenbremse ab 2020 einzuhalten.

Zusätzlich sollen bestimmte Aufgaben effizienter und besser ausgestaltet werden. Dazu gehört beispielsweise der Aufbau einer Infrastruktugesellschaft, ein zentrales Bürgerportal für öffentliche Onlineanwendungen sowie eine beschränkte Mitfinanzierung der Bildungsinfrastruktur bei finanzschwachen Kommunen. Falls der Abschluss gelingt, bin ich davon überzeugt, dass wir mit der Reform für die Länder finanzielle Planungssicherheit bis 2030 schaffen werden.

Stärkung des Schutzes von Polizisten und Rettungskräfte

In dieser Woche wurde im Deutschen Bundestag in erster Lesung über das Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches debattiert. Dabei geht es um den besseren Schutz unserer Polizisten und Rettungskräfte. Mir ist das Gesetz ein besonderes Anliegen, weil wir damit ein unmissverständliches Signal setzen: Gewalt gegenüber Einsatzkräften ist inakzeptabel und wird bestraft! Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat das schon seit Jahren gefordert. Zukünftig werden Festnahmen schneller möglich und die Mindeststrafe von 3 Monaten eingeführt. Dabei wird ebenso der Kreis der besonders schweren Fälle erweitert. Daneben werden bereits beschlossene Maßnahmen, wie die Schaffung von 10.000 neuen Stellen bei den Sicherheitsbehörden des Bundes und der Einsatz von Bodycams umgesetzt.

MINT-Bildung ausbauen

Deutschland braucht hochqualifizierte Fachkräfte - insbesondere in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Um einem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, wollen wir die MINT-Bildung in Deutschland weiter stärken. Beispielsweise durch Förderung naturwissenschaftlicher Kompetenzen von der frühkindlichen Bildung über die Schule, die berufliche Bildung sowie die Hochschule bis hin zur berufsbegleitenden Weiterbildung.

Im Deutschen Bundestag diskutieren wir deshalb über unterschiedliche Maßnahmen. Zum einen über ein strategisches Gesamtkonzept zum Thema MINT-Bildung. Dabei werden Bund und Länder aufgefordert, in der Praxis Maßnahmen zu ergreifen, die MINT-Bildung flächendeckend, systematisch und nachhaltig fördert. Zum anderen soll der Anteil der Frauen im MINT-Bereich weiter erhöht werden. Dazu sollen der Nationale Pakt für Frauen in den MINT-Berufen – „Komm, mach MINT“ sowie der „Girls' Day – Mädchen-Zukunftstag“ fortgesetzt werden.

Landwirtschaft profitiert von Änderungen am Düngegesetz

Im Rahmen des nationalen Aktionsprogramms zum Schutz von Gewässern und Böden haben wir in der vergangenen Sitzungswoche die neue Düngeverordnung erlassen. Es gibt nur wenige Regionen auf der Erde, die von Jahr zu Jahr ressourcenschonenden und nachhaltigen mit ihrem Boden haushalten, wie Deutschland. Das ist die Leistung der deutschen Bauern! Die Änderungen sind ein weiterer wichtiger Schritt, um im Bereich ressourcenschonender und nachhaltiger Umgang mit Nährstoffen bei landwirtschaftlicher Erzeugung noch besser zu werden.



Berlin Aktuell

Die Woche im Bundestag

17.02.2017

Kurz notiert ! Kurz notiert ! Kurz notiert !

Politischer Informationsreise der CDU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag



Unser Bundestagsabgeordneter Thomas Bareiß war mit der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag auf Informationsreise in Paris. Neben Gesprächen in der französischen Nationalversammlung, dem Palais du Luxembourg und der Basilika Sacre-Coeur de Montmartre, besuchten die Bundestagsabgeordneten aus Baden-Württemberg auch die Europäische Weltraumorganisation (ESA). In vielen Gesprächen unterstrich Thomas Bareiß, wie wichtig Frankreich für Deutschland als europäischer Partner ist.

Dabei sprach die Delegation mit dem Deutschen Botschafter, Vertretern aus Wirtschaft und Medien, dem badisch-elsässischen Gesprächskreis, dem Staatssekretär für Europäische Angelegenheiten, Mitgliedern der Fraktion „Les Republicains“ und der Vorsitzenden der deutsch-französischen Freundschaftsgruppe. Es war eine wichtige Reise, die zeigte, dass Frankreich und Deutschland eine tiefe Freundschaft verbindet.

Wahl des neuen Bundespräsidenten

Zu Beginn der Sitzungswoche im Deutschen Bundestag kam unserem Wahlkreisabgeordneten Thomas Bareiß als Mitglied der 16. Bundesversammlung die Ehre zum Teil, den neuen Bundespräsidenten mitwählen. Frank-Walter Steinmeier hatte eine breite Mehrheit in der Bundesversammlung. Thomas Bareiß ist davon überzeugt, dass gerade jetzt, wo in vielen Ländern Europas die politischen Lager auseinanderdriften, die breite Mehrheit für den neuen Bundespräsidenten ein wichtiges Signal der Stabilität ist. Nach Bundespräsident Joachim Gauck tritt er in große Fußstapfen. Geärgert hat sich der Wahlkreisabgeordnete Thomas Bareiß allerdings, dass die SPD in Teilen die Wahl sehr parteipolitisch ausgeschlachtet hat. Das ist dem Amt nicht würdig.

Im Gespräch mit tschechischer Delegation

Thomas Bareiß MdB traf sich in der vergangenen Sitzungswoche mit einer Delegation aus Tschechien, um über die gemeinsamen zukünftigen Herausforderungen zu sprechen. Die hochkarätige Delegation bestand aus dem Vizepremier für Wissenschaft, Forschung und Innovationen und Parteivorsitzender der KDU-CSL - Herrn Pavel Bělobrádek -, dem Stv. Vorsitzender des Verteidigungsausschusses und Mitglied des Sicherheitsausschusses im Abgeordnetenhaus der Tschechischen Republik - Herrn Ivan Gabal -, dem Stv. Vorsitzender des Haushaltsausschusses und Mitglied des Wirtschaftsausschusses im Abgeordnetenhaus der Tschechischen Republik - Herrn Jaroslav Klaska - und dem Fraktionsvorsitzenden der KDU-CSL sowie stv. Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft, Bildung, Kultur, Jugend und Sport und Mitglied des Auswärtigen Ausschusses im Abgeordnetenhaus der Tschechischen Republik - Herrn Jiří Miholaha. Sie hatten ein ganzes Bündel an Themen im Gepäck und diskutierten mit unserem Bundestagsabgeordneten über die Themen Europa, Wirtschaft und Energie. Thomas Bareiß ist der Blick über die Landesgrenzen hinaus sehr wichtig, um ein Gefühl für die Entscheidungen unsere europäischer Partner zu bekommen.



Termine (Auswahl)

Freitag, 17. Februar 2017
09.00 Uhr Gespräch mit Abgeordneten aus Tschechien, Berlin
10.00 Uhr 16. Filmpolitischer Empfang der Jungen Union Deutschland, Berlin
12.00 Uhr Gespräch mit dem Arbeitskreis für Energie der CSU, Berlin
18.00 Uhr CDU-Jahresabschluss mit Helferfest, Balingen

Sonntag, 19. Februar 2017
10.00 Uhr Zunftmeisterempfang anlässlich des OHA-Treffens, Altshausen
15.30 Uhr Geburtstagfeier des Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, Herrn Rainer Wieland MdEP, Ludwigsburg

Montag, 20. Februar 2017
09.00 Uhr Sitzung des Präsidiums der CDU Baden-Württemberg, Stuttgart
10.30 Uhr Sitzung des Landesvorstands der CDU Baden-Württemberg, Stuttgart
19.30 Uhr Regionalkonferenz der CDU Württemberg-Hohenzollern, Äpfingen

Dienstag, 21. Februar 2017
10.00 Uhr Gespräch mit der IHK Bodensee-Oberschwaben gemeinsam mit Josef Rief MdB, Weingarten
14.00 Uhr Gespräch mit dem Rohrleitungsverband Landesgruppe Baden-Württemberg, Stuttgart
19.00 Uhr Jahreshauptversammlung der CDU Herbertingen, Herbertingen

Mittwoch, 22. Februar 2017
11.30 Uhr Besuch des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Michael Meister bei der Zollschule, Sigmaringen
14.00 Uhr Gespräch mit der Breitbandgesellschaft Sigmaringen, Sigmaringen

Donnerstag, 23. Februar 2017
17.00 Uhr Großer Empfang mit Ritterschlag für Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, Straßberg
19.00 Uhr Gompiga-Donnerstag der Dorauszuft mit Sauschwanz-Essen, Bad Saulgau

Sonntag, 26. Februar 2017
09.30 Uhr Messe für die Narren in der Kirche St. Johann, Sigmaringen
10.30 Uhr Übergabe der Bräutlingstange, Sigmaringen

06. März – 10. März 2017

Sitzungswoche des Deutschen Bundestages

Newsletter abbestellen:

Sollten Sie sich nicht mehr für das „Berlin Aktuell“ von Thomas Bareiß MdB interessieren, können Sie dieses unter der E-Mail-Adresse thomas.bareiss.ma04@bundestag.de abbestellen. Da Thomas Bareiß ein ständiges Interesse daran hat, Ihre Meinung zu erfahren, würde er gerne wissen, warum Sie das „Berlin Aktuell“ nicht mehr bekommen möchten. Er würde sich sehr freuen, wenn Sie ihm Ihren Abmeldegrund sowie sonstige Kritik und Hinweise senden würden. Herzlichen Dank!